



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

Kurz vor der großen Sommerpause erhaltet Ihr den zweiten dju-NRW-Newsletter mit Nachrichten und Notizen aus der Medienlandschaft NRW. Viel Spaß bei der Lektüre. Anregungen, Lob, Kritik an

drfrankbiermann@gmx.de

Die nächste Ausgabe wird im September 2003 erscheinen. Einen schönen Sommer wünscht bis dahin

**Frank Biermann**

Ausgabe Nr. 2 | Juli 2003

Verlag M. DuMont Schauberg

Medienwächter prüfen apm und tv.nrw:

# Sender, die die Welt nicht braucht

Von Peter Schröder-Metz

1

Auf der Hitliste der "Sender, die die Welt nicht braucht", bemüht sich der kommerzielle nordrhein-westfälische Landessender tv.nrw um einen Spitzenplatz. Wenn sich das Interesse schon nicht bei Zuschauern und Werbewirtschaft einstellen will, so darf sich tv.nrw zumindest der Aufmerksamkeit der Medienwächter sicher sein.

Eine Programmanalyse im Auftrag der Landesanstalt für Medien NRW (LfM) fiel vernichtend aus. Das seit zwei Jahren ausgestrahlte Programm hat nur geringe Ähnlichkeit mit den vollmundigen - und der Lizenzerteilung zu Grunde liegenden - Versprechungen des eingereichten Programmschemas. Bei der im Herbst anstehenden Neubelegung der knappen Kabelplätze dürfte es daher für tv.nrw düster aussehen.

Statt eines informationsorientierten Programms mit klarem nordrhein-westfälischen Profil flimmern überwiegend abgenudelte Konserven und Wiederholungen der wenigen Eigenproduktionen über den Bildschirm. Spätestens mit Einbruch der Dunkelheit wird's dann schlüpfzig. Da nimmt es der Sender dann auch nicht mehr mit der gesetzlich vorgeschriebenen Trennung von Programm und

Werbung so genau. Wer bemerkt schon den Unterschied zwischen den strippenden und den stöhnenden Schönheiten in den Sex-Clips und der 0190-ruf-mich-an-Werbung? Die Medienkommission der LfM tut's und rügte tv.nrw für den Verstoß gegen die einschlägigen Gesetze.

Nun scheinen die Verlagshäuser der Rheinischen Post (RP) und der WAZ als Mitgesellschafter ihre Lust an tv.nrw verloren zu haben. Denn mit "Lecker Essen" und "Liebeslust", zwei der Vorzeigesendungen von tv.nrw, lassen sich die Renditeerwartungen der beiden Zeitungsverlage nicht befriedigen. Gerne würden sie und ein weiterer Treuhänder ihre Anteile von insgesamt 70 Prozent an die Kölner "medien agentur GmbH & Co. KG" (apm) verkaufen. Die restlichen 30 Prozent an tv.nrw hält der Verlag DuMont Schauberg.

Apm ist der Hauptzulieferer für das Programm von tv.nrw. Bis vor kurzem befand sich apm noch mehrheitlich im Besitz von M. DuMont Schauberg (MDS), dem Verlag des Kölner Stadtanzeigers, bis apm verwandtschaftlich an den angeheirateten Geschäftsführer Georg von Auersperg "outgesourct" wurde.

(Fortsetzung S.2)

## Erstmals nach Krieg mit Verlust

**Köln.** Das Kölner Verlagshaus M. DuMont Schauberg (MDS) hat im vergangenen Jahr erstmals in der Nachkriegsgeschichte Verluste gemacht. Dies berichtete jetzt die Deutsche Presseagentur (dpa). Das Minus in der Kasse des Konzerns sei mit 20,7 Millionen Euro (2001: 4,3 Millionen Euro Gewinn) aber wegen eines strikten Kostenmanagements deutlich geringer ausgefallen als befürchtet, teilte die Unternehmensgruppe am Donnerstag in Köln mit. Im ersten Halbjahr 2003 sei wieder ein positives Ergebnis erzielt worden.

Die Verkaufsauflage des "Kölner Stadt-Anzeiger" und der "Kölnischen Rundschau" sank von 407 000 (2001) auf 398 000 im vergangenen Jahr. Beim "Express" gab es einen Rückgang von 298 000 auf 269 000.

### Inhalt

Große Anfrage der SPD-Fraktion

Seite 2

Meckel bleibt am Rhein

Seite 2

SPD zum Lokalfunk

Seite 2

Aachener Zeitungen kooperieren

Seite 3

Erfolg für Helmut Schmidt

Seite 4



Fortsetzung tv.nrw von S.1

## Steckt DuMont drin, wo apm drauf steht?

Für das Outsourcing gab es gute Gründe, denn apm bewarb sich erfolgreich bei der LfM um eine eigene Lizenz zur Ausstrahlung des Ballungsraumfensters von tv.nrw für die Region Köln/Bonn/Leverkusen. Mit dem Kölner Medienmulti DuMont Schauburg im Boot hätte apm hätte diese Lizenz niemals erhalten.

Die Landesmedienstalt NRW wollte dem geplanten Verkauf des 70%-Anteils an apm in ihrer regulären Juli-Sitzung nicht so einfach zustimmen, denn "wir können nicht abschließend beurteilen, wer bei apm der tatsächliche Eigentümer ist", so LfM-Direktor Dr. Norbert Schneider. Oder anders gefragt: Steckt DuMont drin, wo apm drauf steht? Apm wurde aufgefordert, für Klarheit zu sorgen und erhielt eine zweite Chance: Am 25. Juli kam die Landesmedienkommission extra für apm zu einer Sondersitzung zusammen.

Doch auch in dieser Sitzung konnten die bestehenden Zweifel an den tatsächlichen Einflussverhältnissen bei der apm medienagentur und damit auch bei tv.nrw nicht ausgeräumt werden konnten. Die LfM setzte apm und tv.nrw daher die Pistole auf die Brust: Apm wird sich entscheiden müssen zwischen einem Erwerb der Gesellschaftermehrheit bei tv.nrw oder einer Fortsetzung des

Fensterprogramms im Raum Köln/Bonn/Leverkusen. Wolfgang Hahn-Cremer, Vorsitzender der LfM-Medienkommission, sagte zu dem Beschluss: "Wir haben tv.nrw mit unserem Entgegenkommen eine Brücke gebaut. Nun muss der Sender auch über sie gehen." Hahn-Cremer wies zusätzlich darauf hin, dass Programmfragen für das Gremium nach wie vor eine Rolle spielen. "Die zugesagte stufenweise Entwicklung des Programms von tv.nrw entsprechend der Lizenz hat bisher noch nicht stattgefunden", sagte er. Mit dem bisherigen Budget und ohne neue Investoren sei eine tragfähige wirtschaftliche Grundlage kaum erreichbar, sagte er weiter. Alle Hoffnung von apm und tv.nrw hängt darum jetzt an dem kanadischen Medienkonzern ChumCity. Die Kanadier wollen angeblich 30 Prozent der Anteile von tv.nrw nach dem Einstieg von apm bei tv.nrw übernehmen.

Bis zum 31. Dezember 2003 erwartet die LfM nun von tv.nrw ein Konzept für das lizenzierte Programm, das unter Darlegung der neuen Gesellschaftsstruktur wirtschaftlich dauerhaft tragfähig ist.

## SPD stellt große Anfrage

**Düsseldorf.** "Angesichts der konjunkturellen und strukturellen Krise der Tageszeitungen brauchen wir eine gesicherte Grundlage, um die richtigen Antworten auf die Krise auf dem Zeitungsmarkt zu finden", so Marc Jan Eumann, stellvertretender Vorsitzender und medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Die SPD-Fraktion hat deshalb eine Große Anfrage an die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen mit dem Titel "Situation des Zeitungsmarktes in Nordrhein-Westfalen" auf den Weg gebracht.

Im Mittelpunkt der Großen Anfrage stehen die Veränderungen der Zeitungslandschaft in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren sowie die wirtschaftliche Entwicklung. Auch die Themen online-Aktivitäten, Journalistenqualifizierung sowie Kooperationsmodelle innerhalb und außerhalb des Redaktionsgeschäftes spielen eine Rolle.

## Meckel bleibt am Rhein

**Münster/ Düsseldorf.** Die NRW-Medienstaatssekretärin Miriam Meckel hat jetzt das Angebot der Münsteraner SPD abgelehnt, als Spitzenkandidatin gegen den jetzigen Oberbürgermeister Berthold Tillmann (CDU) in den Kommunalwahlkampf 2004 zu ziehen. Sie wird in Düsseldorf bleiben. „Ich freue mich, dass ich angerufen worden bin, aber ich habe eine interessante Aufgabe in der Staatskanzlei“, sagte die parteilose Meckel gegenüber der taz. Vor ihrer Berufung zur Staatssekretärin hatte Meckel als Publizistik-Professorin an der Universität Münster gearbeitet.

2

## SPD zum Lokalfunk

In einer Pressemitteilung hat sich jetzt die SPD-NRW zum Lokalfunk geäußert. In der Mitteilung wird zwar das Zwei-Säulen-Modell als "Erfolgsmodell" bezeichnet, aber auch festgehalten, dass "die publizistische Qualität der Sender" einer Verbesserung bedarf. Weiter heisst es: "Die zunehmende Reduzierung des Lokalanteils von 8 auf 5 und

inzwischen in mehreren Fällen auf 3 Stunden ist als Notmaßnahme zur Absicherung der Sender zwar nachvollziehbar, unter publizistischen Gesichtspunkten aber problematisch". Die SPD fordert jetzt die Sicherung lokalpublizistischer Standards im Lokalfunk und hält auch einen Neuzuschnitt der Verbreitungsgebiete für möglich. (DFB)



## Aachener Zeitungen kooperieren enger

**Aachen.** Wegen gravierender Umsatzverluste im Anzeigengeschäft will der Zeitungsverlag Aachen (ZVA) Teile der Redaktionen seiner beiden Tageszeitungen zusammenlegen. Dadurch sollen 40 Stellen eingespart werden, teilte der Redaktionsbeauftragte Martin Thull am Donnerstag der dpa mit. Die "Aachener Zeitung" und die "Aachener Nachrichten" sollen unter ihren Namen mit zum Teil identischen Inhalten erscheinen. Nur so könne die Existenz beider Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 150 000 gesichert.

"Wir sind in einer wirtschaftlichen Lage, wo wir nicht alles weiterlaufen lassen können wie bisher. Also versuchen wir einen Weg, der eine gewisse Eigenständigkeit der Zeitungen beibehält", sagte Thull. Geplant seien identische Seiten in Sport, Wirtschaft, Kultur und

Vermischtem. Daneben sollen fünf von acht Lokalredaktionen zusammengelegt werden. Politik und regionale Seiten sollen weiterhin in Konkurrenz zueinander stehen, ebenso die Lokalteile von Aachen, Düren und Alsdorf. "Jede Zeitung behält ihren Namen, jede Zeitung behält ihre Schmuckfarbe", sagte Thull. Auch die politische Ausrichtung werde beibehalten. Der Leser soll weiterhin die Wahl zwischen zwei Tageszeitungen in der Region Aachen haben.

Der Aachener Zeitungsverlag führt beide Zeitungen seit rund 27 Jahren im Aachener Modell: Sie konkurrieren redaktionell miteinander, erscheinen aber mit demselben Anzeigenteil. Gesellschafter sind die Aachener Verlagsgesellschaft und die Rheinisch-Bergische Verlagsgesellschaft.

## NRW will am Medieninstitut festhalten

**Düsseldorf.** Die nordrhein-westfälische Landesregierung ist Berichten entgegen getreten, nach denen sie sich aus der Förderung des Europäischen Medieninstituts (EMI) verabschieden will. Medienstaatssekretärin Miriam Meckel sagte am Freitag in Düsseldorf der Nachrichtenagentur ddp, zwar habe das Land seine Mitgliedschaft beim EMI aus haushaltsrechtlichen Gründen kündigen müssen. Das sei aber nicht als Zeichen eines geplanten Rückzugs zu werten. Vielmehr habe das Land ein "großes Interesse" am Fortbestand des EMI. Meckel betonte, das Land habe dem 1991 gegründeten EMI auch in diesem Jahr seinen Mitglieds-

beitrag überwiesen. Dieser sei aber mit 1 Million Euro angesichts der angespannten Haushaltslage geringer ausgefallen als 2002 mit 1,17 Millionen Euro. Um das in diesem Jahr mit einem Defizit von 190 000 Euro belastete EMI aber zu stabilisieren, werde das Land einen zusätzlichen Finanzbeitrag von 200 000 Euro dazugeben. Damit verbindet das Land aber zugleich die Forderungen nach schlankeren Strukturen im EMI wie etwa einer Verringerung des aktuell 21-köpfigen Stammpersonals. Außerdem sollten über mögliche Kooperationen mit anderen Einrichtungen weitere Kosten eingespart werden, regte die Medienstaatssekretärin an.

## WAZ ändert Arbeitsverträge

Innerhalb des WAZ-Konzerns gibt es zur Zeit das Ansinnen von Verlagsleitungen bzw. Chefredaktionen bestehende Arbeitsverträge dahingehend zu ändern, dass der Begriff "Redakteure" ergänzt bzw. geändert in das Arbeitsgebiet "Wort- und Bildredakteur". Falls solche Änderungswünsche als freiwillige Vereinbarung an Kolleginnen und Kollegen herangetragen wird, empfiehlt dju-Fachsekretärin Jutta Klebon, nach Rücksprache mit Rechtsanwalt Dommernicht, die Änderungen nicht zu unterschreiben und sich stattdessen an den Betriebsrat zu wenden. Besonders betroffen sind nach dju-Informationen hauptsächlich die Bildredakteure. Falls die Verlagsleitungen diese Änderungen trotzdem machen wollen, müssen sie den Weg der Änderungskündigung gehen und dann ist auch der Betriebsrat mit im Boot.

Aus der Weigerung der Unterschrift unter die Freiwillige Vereinbarung entstehen keine rechtlichen Konsequenzen, so Jutta Klebon.

### Aus der Nachbarschaft

## Medienkrise trifft auch NOZ

**Osnabrück.** Die Medienkrise geht auch an der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (NOZ) nicht spurlos vorüber. Im Zuge der Einführung eines neuen Redaktionssystems, so heisst es in einem Eigenbericht des Blattes, werde es zu einer Neustrukturierung der Arbeitsabläufe in den beteiligten Druck- und Verlagshäusern kommen. Dies mache die Kündigung aller im Zeitungssatz beschäftigten 150 MitarbeiterInnen nötig. 70 der Betroffenen sollen in den Unternehmen der Neuen-OZ-Gesellschafter untergebracht werden. Der DGB-Vertreter Reiner Trzeciak kritisierte, die Betriebsräte seien von der Geschäftsleitung vor vollendete Tatsachen gestellt worden, heisst es im Bericht der NOZ.



## Erfolg für Helmut Schmidt vor dem Landesarbeitsgericht

**Köln.** Das Landesarbeitsgericht (LAG) Köln hat am 10. Juli 2003 im Verfahren des Betriebsrats von bauer druck köln zur Wieder-einsetzung in den vorigen Stand entschieden, dem Antrag des Betriebsrates statt zu geben. Durch diese Entscheidung des LAG kann die Geschäftsführung, die von ihr gegen den Betriebsratsvorsitzenden Helmut Schmidt ausgesprochene Kündigung, rechtlich nicht mehr durchsetzen! Gleichzeitig ist durch die Entscheidung des LAG's der im März 2002 gewählte Betriebsrat rückwirkend – wenn auch nur vorübergehend – wieder im Amt. Vorüber-gehend deshalb, da im Hauptverfahren zur Anfechtung der Betriebsratswahl das LAG gegen den Betriebsrat entschieden hat.

Die Entscheidung des LAG war notwendig, weil die Geschäftsführung gegen die Betriebsratswahl bei bauer druck köln Klage erhoben hatte. Die Geschäftsführung begründe-

te ihre Klage mit der Einbeziehung von Leiharbeitnehmern bei der Betriebsratswahl. Das Arbeitsgericht Köln hatte in der I. Instanz dem Antrag der Geschäftsführung stattgegeben. Gegen dieses Urteil hatte der Betriebsrat Beschwerde beim LAG eingelegt. Diese Beschwerde war auf dem Postweg verloren gegangen, so dass die Beschwerde nicht rechtzeitig vor Fristablauf beim LAG eingegangen war. Zur Klärung dieses Sachverhalts fand das Verfahren des Betriebsrates zur Wieder-einsetzung in den vorigen Stand statt. Bereits am 7. Juli 2003 fand im Kündigungsverfahren von Helmut Schmidt der Güetermin vor dem Arbeitsgericht Köln statt. Der Güetermin verlief ohne Annäherung in der Sache. Das Arbeitsgericht Köln terminierte den Kammertermin zur Entscheidung im Kündigungsverfahren auf den 14. November 2003 um 10.20 Uhr.

## Einigung bei Mohn Media

Arbeitsplatzgarantie für 1700 Stammkräfte

**Gütersloh.** Geschäftsleitung, Betriebsrat und Mitarbeiter von Mohn Media haben sich auf eine Verlängerung der Arbeitsplatzgarantie für 1700 Stammkräfte um ein Jahr bis zum 30. Juni 2006 geeinigt. Dies berichtete jetzt die Oelde herausgebene "Die Glocke". Im Gegenzug verpflichteten sich mehr als 96 Prozent der Belegschaft, ab 1. August zwei Stunden pro Woche unentgeltlich mehr zu arbeiten und für zwei Jahre auf eine Tariferhöhung zu verzichten. Nach den Partnerschaftspaketen

von 1995 und 1997 ist es das dritte Mal, dass die Beschäftigten in Europas größter Offsetdruckerei Einbußen in Kauf nehmen, um ihre Arbeitsplätze zu sichern. Ab August arbeiten die Mohndrucker formal 39 Stunden und damit vier mehr als tarifgebundene Kollegen in anderen Betrieben. "Damit ist das Ende der Fahnenstange erreicht", sagte laut "Glocke" der Betriebsratsvorsitzende Willi Pfannkuche (54) "Ein neuerliches Paket wird es in dieser Form nicht mehr geben können."

## Für den Betriebsrat Vorsicht bei der Party

Eine Betriebsratswahlparty mit Essen, Trinken und Gewinnspielen kann zur Ungültigkeit der Wahl wegen „unerlaubter Einflussnahme auf die Wähler“ führen, entschied jetzt das Arbeitsgericht Frankfurt. Das Gericht erklärte mit dieser Entscheidung die Wahl des Betriebsrates in einem Paketdienst für ungültig. Einen Tag vor der Wahl hatten die Kandidaten einer der aufgestellten Listen eine sog. „Happy Hour“ veranstaltet, bei der Würstchen, Kaffee und eine Tombola mit Preisen angeboten und für die Stimmabgabe geworben wurde. Laut Beschluss verstößt eine solche Party gegen die Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes, wonach eine Wahlbeeinflussung unzulässig ist. Die Vorbereitungen zu einer Betriebsratswahl seien schließlich nicht mit dem finanzierten Wahlkampf politischer Parteien vergleichbar, entschied das Gericht. (ArbG Frankfurt/M., 9 BV 240/02)

### Impressum:

Herausgeber:  
Landesvorstand  
der dju in ver.di NRW.  
Verantwortlich: Willi Vogt  
Hohenzollernring 85-87,  
50672 Köln  
Redaktion und Produktion:  
Dr. Frank Biermann (DFB)  
(drfrankbiermann@gmx.de),  
E-Mail:  
Jutta.Klebon@verdi.de